

Newsletter aus Brüssel

20.1.2016, Ausgabe 11

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Digitalisierung – EU-Parlament fordert ein sozialeres Profil
- Juncker-Plan – EU-Kommission zieht positiv Bilanz
- Uneinigkeit im EU-Parlament zu neuen RDE-Regelungen
- EU-Kommission startet Debatte über Marktwirtschaftsstatus von China
- EWSA spricht sich für ETS-System aus

Digitalisierung – EU-Parlament fordert ein sozialeres Profil

Das EU-Parlament hat am 19. Januar 2016 mit großer Mehrheit für verbesserte Verbraucherrechte und soziale Standards im Zuge der Digitalisierung des EU-Binnenmarktes gestimmt. Die IG Metall begrüßt das Ergebnis.

Im Mai 2015 hatte die EU-Kommission eine "Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa" vorgeschlagen. Nun haben die Abgeordneten des EU-Parlaments zu der Thematik Stellung bezogen. Das EU-Parlament macht sich stark für die Verankerung von Verbraucherrechten und sozialer Standards bei der Digitalisierung des EU-Binnenmarktes. Generell bekräftigen die Abgeordneten die Position der Kommission, dass ein gemeinsamer und vereinheitlichter digitaler Binnenmarktes die Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern und positive Effekte auf die Gesellschaft sowie auf Wachstum und Arbeitsplätze haben wird. Sie fordern jedoch von Kommission und Mitgliedstaaten neben einer Stärkung von Verbraucherrechten im Internet eine Anpassung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik an die rasanten Entwicklungen der Digitalisierung. Die IG Metall begrüßt die soziale Dimension des Berichtes der Europaabgeordneten.

- Entschließung des EU-Parlaments
- Pressemitteilung des EU-Parlamentes
- Vorschlag einer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa der EU-Kommission

Juncker-Plan – EU-Kommission zieht positiv Bilanz

In ihrer ersten ordentlichen Sitzung des Jahres am 13. Januar 2016 befassten sich die EU-Kommissionsmitglieder mit den bisherigen Ergebnissen der europäischen Investitionsoffensive, dem sogenannten Juncker-Plan, sowie mit dem weiteren Vorgehen zur europäischen Säule sozialer Rechte.

Die EU-Kommission hat eine erste Bilanz gezogen in Hinblick auf die Ende 2014 verabschiedete Investitionsoffensive für Europa. In ihrer ersten Sitzung des Jahres 2016 hielt sie fest, dass bereits Ergebnisse der Offensive sichtbar seien. Mehr als 45 Milliarden Euro an neuen Investitionen in ganz Europa wurden laut Kommission bis Ende 2015 mobilisiert. Zugute kamen die Investitionen vor allem Infrastruktur- und Innovationsvorhaben sowie Start-ups und kleinen Unternehmen. Entscheidend sei dabei die Mobilisierung privaten Kapitals, welche derzeit etwa 80% des gesamten Investitionswertes ausmacht.

Des Weiteren beschloss die Kommission in ihrer Sitzung, in den kommenden Wochen einen konkreten Plan zur europäischen Säule sozialer Rechte vorzulegen. Ziel ist ein eigenständiges und rechtskräftiges Dokument, das die wichtigsten und von allen EU-Mitgliedstaaten geteilten Grundsätze und Werte enthält, sowie in erster Linie dem Schutz der Rechte der ArbeitnehmerInnen in Europa dient.

Uneinigkeit im EU-Parlament zu neuen RDE-Regelungen

Die Abstimmung im EU-Parlament über die Resolution zur Ablehnung des RDE-Beschlusses wurde auf Anfang Februar 2016 verschoben.

Der Umweltausschuss des EU-Parlamentes hatte Mitte Dezember 2015 mit großer Mehrheit einem Resolutionsentwurf zugestimmt, der eine kurz zuvor verabschiedete Gesetzesreform der Abgasprüfungen unter realen Fahrbedingungen (RDE) ablehnt. Die durch das technische Komitee der EU-Kommission beschlossene Reform sieht vor, dass neue Kfz-Modelle ab September 2017 RDE-Testverfahren bestehen müssen, um am Markt zugelassen werden zu können. Die dafür festgelegten Prüfwerte sind in den Augen der Mitglieder des Umweltausschusses nicht streng genug. Sie fordern daher einen neuen und ambitionierteren Gesetzesvorschlag von der Kommission. Die Plenumsdebatte sowie die Abstimmung über ihre Forderungen wurden jedoch vertagt. Grund dafür sind anhaltende Verhandlungen zwischen den beiden größten Fraktionen im Parlament, den Konservativen (EVP) und den Sozialdemokraten (S&D). Ziel ist es, einen gemeinsamen Gegenvorschlag für eine Resolution vorzulegen. In die Verhandlungen soll auch die Kommissarin für Binnenmarkt und Industrie, Elzbieta Bienkowska, einbezogen werden. Es gilt als unwahrscheinlich, dass die Forderungen des Umweltausschusses eine Mehrheit im Plenum finden. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass es zu einer "kritischen Resolution" kommt, die den bisherigen Reformkurs der Kommission bestätigt, allerdings mit bestimmten Bedingungen verbindet.

EU-Kommission startet Debatte über Marktwirtschaftsstatus von China

Die EU-Kommission hat am 13. Januar 2016 erstmals über die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft diskutiert. Offizielle Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Die Kommission plant weitere Aussprachen, insbesondere zu möglichen Auswirkungen auf Arbeitsplätze in Europa.

Das Kollegium der EU-KommissarInnen hat sich zur Frage beraten, ob China die von der Welthandelsorganisation (WTO) festgelegten Kriterien erfüllt, um den Status einer Marktwirtschaft zu erhalten. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen. Im Dezember 2016 laufen einige der Sondervereinbarungen der WTO mit China aus, die es der EU momentan erlauben, Strafzölle auf bestimmte Billigprodukte aus Fernost zu erheben, weil China nicht als Marktwirtschaft gilt. Zurzeit bestehen über 50 Maßnahmen gegen gedumpte chinesische Waren. Betroffen sind vor allem Produkte der Industriezweige Stahl, Maschinenbau, Chemie und Keramik. 250.000 Jobs dieser Industrien in der EU werden gegenwärtig gegen das Dumping aus China abgesichert. Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft würde die Erhebung von Strafzöllen diesem Land gegenüber erschweren und hätte Auswirkungen auf die entsprechenden europäischen Industrien und ihre Beschäftigten – und letztlich auf die gesamte europäische Wirtschaft. China drängt seit Jahren auf die Anerkennung des Status. Auch Teile der EU-Kommission befürworten eine solche Anerkennung, da sie dadurch eine größere Investitionsbereitschaft der Chinesen in Europa erwarten. Die Kommission will die rechtliche und wirtschaftliche Sachlage weiterhin prüfen und relevante Stakeholder in die Debatte einbeziehen. Sollte sie sich für eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft aussprechen, müssen im Rahmen eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens auch EU-Parlament und Rat darüber abstimmen. Die EU-Abgeordneten haben in den vergangenen Monaten vor allem in Hinblick auf die ungewisse Zukunft der europäischen Stahlindustrie die Antidumping-Maßnahmen befürwortet. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten hingegen präsentiert sich bislang noch abwartend.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

EWSA spricht sich für ETS-System aus

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat zur geplanten Überprüfung des Emissionshandelssystems (ETS) der EU Stellung genommen. Laut Bericht vom 9. Dezember 2015 spricht sich die beratende Institution für das ETS-System als Kerninstrument des Klimawandels aus.

Der EWSA, der sich aus Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und anderen Interessengruppen zusammensetzt und die EU in ihren Entscheidungsprozessen berät, bewertet das ETS-System grundsätzlich positiv und spricht sich für einige Reformen aus. Anzustreben sei eine nachhaltige und klimafreundliche Re-industrialisierung mit einem wettbewerbsfähigen Wachstum und die Schaffung neuer und besserer Arbeitsplätze in Europa. Das ETS-System bildet laut einer Stellungnahme des EWSA ein Kernelement europäischer Politik zur Bekämpfung des Klimawandels und

Dekarbonisierung der Weltwirtschaft. Der CO2-Markt müsse jedoch für alle relevanten internationalen Akteure stabiler, flexibler und offener und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen gewahrt werden. Dazu sprechen sich die Ausschussmitglieder für verbesserte Mechanismen aus, die helfen sollen, Risiken von Investitionsverlagerungen und von unlauterem Wettbewerb seitens Ländern ohne vergleichbare klimapolitische Instrumente vorzubeugen.

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand